



Der Fontane-Kindergarten an der Paderborner Fontanestraße soll nach dem Neubau künftig auch für Quartiersarbeit genutzt werden. Die

Nachbarschaft Paderborn-Ost kritisiert, dass sie nicht im Vorfeld der Planungen einbezogen worden ist. Foto: Jörn Hannemann

Info-Defizit zur Quartiersarbeit

CDU-Ratsherr Wolfgang Glunz will Bürger und Verwaltung stärker zusammenführen

Paderborn (WW/ka). Der offene Beschwerdebrief der Nachbarschaft Paderborn-Ost an Verwaltung und Politik (siehe Kasten) lag gerade im Briefkasten, da reagiert der zuständige CDU-Ratsherr und Vereinsmitglied Wolfgang Glunz im Sinne seiner Nachbarn.

Glunz begrüßt, dass sich auch in Paderborn immer mehr Bürgerinnen und Bürger in ihren Quartieren engagieren. »Diese ehrenamtliche Beteiligung ist auch für die Zukunft unerlässlich«, betont der Unionspolitiker, der auf ein enges Miteinander von Bürgerschaft und Politik setzt.

Doch wenn es an der jeweiligen Kommunikation mangle, dann gestalten sich auch bestimmte Prozesse in den Quartieren schwierig. Als aktuelles Beispiel nennt Wolfgang Glunz den geplanten Ausbau des Kindergartens Fontanestraße. Dabei gehe es nicht nur um den vierzügigen Ausbau einer Kindertagesstätte. Im Rahmen der Um- und Ausbauarbeiten soll die Kita auch um ein Stadtteilbüro mit einem Begegnungszentrum für die integrative Arbeit erweitert werden.

Fördermittel hierfür seien jüngst durch den Stadtrat mit einem Dringlichkeitsbeschluss wegen des Ablaufs von Fristen beim Sonder-

Offener Brief an Bürgermeister und Fraktionen

In einem offenen Brief an die Spitzenvertreter der Stadt Paderborn und die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, unterzeichnet von 106 Bürgern, drückt der überparteiliche Verein »Nachbarschaft Paderborn-Ost« seine Verwunderung darüber aus, dass man in die Planungen eines neuen Stadtteilbüros in Zuge des Kindergartenneubaus an der Fontanestraße nicht eingebunden worden sei. »Obwohl wir unzählige Gespräche mit Vertretern der Stadt zum Thema Quartiersarbeit in unserem Stadtteil geführt haben, wurden wir über diese Planung nicht informiert,

beklagt der Vorstand, vertreten durch Daniel Pohl, Eva Albers und Johannes Leifeld.

Die Nachbarschaft Paderborn-Ost sei einer der aktivsten Stadtteilvereine mit besonders vielen ausschließlich ehrenamtlich engagierten Menschen. »Wir fühlen uns daher unangenehm überrascht, wenn wir nun von einer beabsichtigten Parallel-Stadtteilarbeit erfahren mit jährlich 80 000 Euro Personalkosten.« Für die Zukunft wünsche man sich offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt.



www.pb-ost.de

programm des Landes Nordrhein-Westfalen »Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen« beantragt worden.

»Jede Förderung von Kindertagesstätten und Quartiersarbeit ist für mich begrüßenswert, denn sie kommen den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zugute. Aber die Politik benötigt in solchen Fällen mehr Informationen zu den Planungen, zu den Kosten und dann auch zu den Zuschüssen sowie hieran geknüpfte Bedingungen«, fordert Glunz, der in diesem Fall die Verwaltung zumindest zum Teil in Schutz nimmt, da der

Antrag so kurzfristig gestellt werden musste, dass dies nur per Dringlichkeit geschehen konnte.

Die Bürger sähen sich in diesem speziellen Fall vor vollendete Tatsachen gestellt und hätten dies der Politik auch mitgeteilt. Deswegen möchte Wolfgang Glunz, dass in dieser Angelegenheit »nachgearbeitet wird«. Er möchte von der Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung wissen, wie sich die sozialpolitischen Auswirkungen der Neuerrichtung und Ausrichtung der Kindertagesstätte Fontanestraße gestalten. Außerdem fordert der CDU-Sprecher im Sozial-

ausschuss, »dass die Verwaltung deutlich macht, wie sie in diesem speziellen Fall, aber auch generell die städtische und private ehrenamtliche Quartiersarbeit ausgestalten und verbinden will«.

Glunz sieht die Verwaltung der Stadt Paderborn in einer Schlüsselrolle. Diese müsse koordinieren und kommunizieren. Nur ein enges Miteinander von Bürgern, Politik und Verwaltung sei letztlich wirklich gewinnbringend. Und das für alle Seiten: Die Verwaltung müsse wissen, was die Bürger veranstalten, und planen. Das könne frühzeitig helfen, dass diese Bemühungen über das Stadium eines bloßen, manchmal aber unrealistischen »Wunsches Dir was« hinausgehen können.

Glunz: »Das ist effektiver und verhindert Frust. Andererseits muss die Verwaltung frühzeitig darüber aufklären, welche Maßnahmen im Quartier aufgegriffen werden sollen. Denn dann ist es möglich, dass die Bürger wichtige Impulse setzen. Die Politik kann in diesem Zusammenwirken eine wichtige Mittlerrolle einnehmen, kann koordinieren und schließlich die politischen Entscheidungen in die richtigen Bahnen bringen. Diejenigen, die sich in den Quartieren arbeiten, sehen sich als politisch unabhängig. Das ist zu akzeptieren. Doch muss der jeweilige Wahlkreisvertreter auch die jeweiligen Mehrheiten in der Politik organisieren.«